


Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 16.05.2018

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	20:59 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
stellv. Stadtratsvorsitzender:	Herr Horn
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
4.	Genehmigung von Niederschriften	
4.1.	aus der Stadtratssitzung vom 07.03.2018	
4.2.	aus der Stadtratssitzung vom 08.03.2018	
5.	Aktuelle Stunde	

- 6. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)
- 6.1. Dringliche Anfragen
- 6.1.1. Dringliche Anfrage - Inbetriebnahme des Brunnens der Völkerfreundschaft **0958/18**
Fragesteller: Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.
- 6.1.2. Dringliche Anfrage - Ergebnisse der Bürgerbefragung im Südosten **1015/18**
Fragesteller: Herr Czentarra, Fraktion DIE LINKE.
- 6.2. Anfragen
- 6.2.1. Öffnungszeiten Freibäder **0880/18**
Fragesteller: Herr Mroß, Fraktion SPD
- 6.2.2. Bürgerbeteiligungsprozess Clara-Zetkin-Straße **0957/18**
Fragesteller: Herr Mroß, Fraktion SPD
- 6.2.3. Digital-Pakt 2018# Bund-Länder-Vereinbarung zur Unterstützung der Bildung in der digitalen Welt im Bereich Schule **0856/18**
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU
- 6.2.4. Petersbergregiment **0920/18**
Fragesteller: Herr Staufenbiel, Fraktion CDU
- 6.2.5. Parkraumbewirtschaftung **0921/18**
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU
- 6.2.6. Sachstand Sportförderrichtlinie **0922/18**
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU
- 6.2.7. Prioritätenliste Schulsanierung: Schulsporthallen/Turnhallen **0940/18**
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU
- 6.2.8. Neue Förderrichtlinie "E Mobil Invest" **0854/18**
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

6.2.9.	Verkehrsversuch in der Clara-Zetkin-Str. Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0939/18
7.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
7.1.	Kostenbefreiung für den TSV Kerspleben e. V. zur Durchführung des Feriencamps 2018 Einr.: Ortsteilbürgermeister Kerspleben	0948/18
7.1.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0948/18 - Kostenbefreiung für den TSV Kerspleben e. V. zur Durchführung des Feriencamps 2018	1007/18
7.2.	Aussetzung von Ausschreibungen für städtische Wohngrundstücke und Gebäude Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0962/18
8.	Entscheidungsvorlagen	
8.1.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan DAB655 "Wohnbebauung Max-Reger-Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	2412/17
8.1.1.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2412/17 Vorhabenbezogener Bebauungsplan DAB655 "Wohnbebauung Max-Reger-Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit	1012/18
8.2.	Prüfauftrag für eine deutliche Verkleinerung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ANV422 "Universität" Einr.: Fraktion CDU	2648/17
8.2.1.	Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2648/17 Prüfauftrag für eine deutliche Verkleinerung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ANV422 "Universität"	0549/18

8.2.2.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2648/17 - Prüfauftrag für eine deutliche Verkleinerung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ANV422 "Universität"	0729/18
8.2.3.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2648/17 Prüfauftrag für eine deutliche Verkleinerung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ANV422 "Universität"	1006/18
8.3.	Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept Einr.: Fraktion SPD	2832/17
8.3.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2832/17 - Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept	0251/18
8.3.2.	Antrag der Fraktion SPD zur DS 2832/17 - Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept	0773/18
8.3.3.	Antrag der Fraktion SPD zur DS 2832/17 - Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept	0933/18
8.3.4.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur Drucksache 2832/17 - Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept	0992/18
8.3.5.	Antrag der Fraktion CDU zur DS 2832/17 - Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept	1022/18
8.4.	Feststellung des Jahresabschlusses 2017 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0056/18
8.5.	Feststellung des Jahresabschlusses 2017 der HYMA - Die Hydrauliker GmbH Einr.: Oberbürgermeister	0057/18

8.6.	Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0073/18
8.7.	1. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb Einr.: Oberbürgermeister	0229/18
8.8.	2. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Multifunktionsarena Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0230/18
8.9.	Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 27 für den Bereich Altstadt, "Nördlich Zitadelle Petersberg - Andreasgärten" - Abwägungs- und Feststellungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	0325/18
8.10.	Bestandsbäume in Bebauungsplänen und bei Baumaßnahmen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0328/18
8.11.	PLATZ NEHMEN - 222 Bänke für Erfurt! Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0362/18
8.11.1.	Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur Drucksache 0362/18 - PLATZ NEHMEN - 222 Bänke für Thüringen	0552/18
8.11.2.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0362/18 - PLATZ NEHMEN - 222 Bänke für Erfurt	0810/18
8.12.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan LOV658 "Wohnbebauung Braugoldareal" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung Einr.: Oberbürgermeister	0436/18
8.12.1.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0436/18 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan LOV658 "Wohnbebauung Braugoldareal" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung	1008/18

8.12.2.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0436/18 Vorhabenbezogener Bebauungsplan LOV658 "Wohnbebauung Braugoldareal" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung	1011/18
8.13.	Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung eines städt. Grundstückes, Backhausgasse 19, Frienstedt Einr.: Oberbürgermeister	0455/18
8.13.1.	Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Frienstedt zur DS 0455/18 - Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung eines städt. Grundstückes, Backhausgasse 19, Frienstedt	0860/18
8.13.2.	Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 0455/18 - Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung eines städt. Grundstückes, Backhausgasse 19, Frienstedt	1017/18
8.14.	Familienfreundliches Bauen Einr.: Fraktion CDU	0515/18
8.15.	Sanierung und Wiedereröffnung des ega-Südeingangs Einr.: Fraktion DIE LINKE.	0581/18
8.15.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 0581/18 Sanierung und Wiedereröffnung des ega-Südeingangs	0818/18
8.16.	Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischem Grundstückes in Hochheim - Auf den Lösern Einr.: Oberbürgermeister	0610/18
8.17.	Aufstellung einer Ergänzungssatzung für den Ortsteil Marbach, Schwarzburger Straße 66 bis 70 Einr.: Ortsteilbürgermeisterin Marbach	0617/18
8.18.	Ausrichtung des Deutschen Katholikentags 2024 in Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0724/18
8.19.	Fortschreibung Feuerwehrbedarfsplan und Standort- und Technikkonzept Einr.: Fraktion SPD	0725/18

8.19.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0725/18 Fortschreibung Feuerwehrbedarfsplan und Standort- und Technikkonzept	0807/18
8.20.	Rathausbrücke entschleunigen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0728/18
8.20.1.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0728/18 Rathausbrücke entschleunigen	1009/18
8.21.	Änderung der Besetzung des Seniorenbeirates Einr.: Oberbürgermeister	0759/18
8.22.	Änderung Besetzung Seniorenbeirat Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	0762/18
8.23.	Entschädigung für aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN	0845/18
8.24.	Kreuzungsbereich Pelikanweg/Haßlebener Weg und Stotternheimer Straße als voll signalisierte LSA-Kreuzung ausbauen Einr.: Ortsteilbürgermeister Sulzer Siedlung	0848/18
9.	Informationen	
9.1.	Klimaanpassungskonzept - Klimagerechtes Flächenmanagement der Landeshauptstadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0799/16
9.2.	Konzept zum ruhenden Lkw-Verkehr im Güterverkehrszentrum (GVZ) Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	0662/18
9.3.	sonstige Informationen	

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, eröffnete die 39. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2014 - 2019 und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann gratulierte er der Stadtratsvorsitzenden, Frau Pelke, nachträglich zum Geburtstag und wünschte alles Gute. Anschließend übergab er die Sitzungsleitung an Frau Pelke.

Daraufhin gratulierte die Stadtratsvorsitzende dem Oberbürgermeister, Herrn Bausewein, ebenfalls nachträglich zum Geburtstag und sprach Glückwünsche im Namen des Stadtrates aus.

Im Zuge dessen beglückwünschte Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, im Namen des Stadtrates Frau Pelke für den Erhalt des Bundesverdienstkreuzes.

Frau Pelke bedankte sich für die Gratulationen und fuhr in ihrer Funktion als Stadtratsvorsitzende mit der Bekanntgabe der Formalitäten fort. Hierzu gab sie bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit dem stellv. Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß nach § 35 Abs. 2 ThürKO erfolgte. Zu diesem Zeitpunkt waren 31 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Da mindestens 26 Mitglieder des Stadtrates anwesend sein müssen, war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Sodann wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Weiterhin wies Frau Pelke darauf hin, dass die Pause entsprechend dem Verlauf der Tagesordnung in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfindet.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende gab folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

Folgende Drucksachen sollten zusätzlich aufgenommen werden:

- Drucksache 0948/18
Kostenbefreiung für den TSV Kerspleben e. V. zur Durchführung des Feriencamps 2018
Einr.: Ortsteilbürgermeister Kerspleben

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Sodann ließ Frau Pelke über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 7.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

- Drucksache 0962/18
Aussetzung von Ausschreibungen für städtische Wohngrundstücke und Gebäude
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Sodann ließ Frau Pelke über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 7.2 in die Tagesordnung aufgenommen.

Folgende Drucksachen wurden auf Antrag des Einreichers vertagt:

- TOP 8.14 – Drucksache 0515/18
Familienfreundliches Bauen
Einr.: Fraktion CDU
- TOP 8.17 – Drucksache 0617/18
Aufstellung einer Ergänzungssatzung für den Ortsteil Marbach, Schwarzburger Straße 66 bis 70
Einr.: Ortsteilbürgermeisterin Marbach
- TOP 8.18 – Drucksache 0724/18
Ausrichtung des Deutschen Katholikentags 2024 in Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 8.22 – Drucksache 0762/18
Änderung Besetzung Seniorenbeirat
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der folgende Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen:

- TOP 8.21 – Drucksache 0759/18
Änderung der Besetzung des Seniorenbeirates
Einr.: Oberbürgermeister

Hierzu gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass die Wahl vor der Pause stattfinden soll.

Sodann gab die Stadtratsvorsitzende bekannt, dass auf Grund einstimmiger Vorberatungsergebnisse vorgeschlagen wurde, folgende Drucksachen ohne Redebedarf sofort abzustimmen:

- TOP 8.4 – Drucksache 0056/18
Feststellung des Jahresabschlusses 2017 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH
Einr.: Oberbürgermeister

- TOP 8.7 – Drucksache 0229/18
1. Änderungssatzung der Eigenbetriebssatzung des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 8.9 – Drucksache 0325/18
Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 27 für den Bereich Altstadt, "Nördlich Zitadelle Petersberg - Andreaskgärten" - Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Einr.: Oberbürgermeister

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Zudem beantragte der Oberbürgermeister, um ca. 21:00 Uhr in die nicht öffentliche Sitzung einzutreten und die dann noch zu behandelnden Angelegenheiten der öffentlichen Sitzung im Fortsetzungstermin am 17.05. ab 17:00 Uhr zu behandeln, es sei denn, dass nur noch wenige Angelegenheiten in öffentlicher Sitzung zu beraten sind.

In diesem Fall verlängert sich die öffentliche Sitzung unmerklich, verkündete die Stadtratsvorsitzende. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Weiterhin beantragte Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Rückverweisung der Drucksache 2648/17 - Prüfauftrag für eine deutliche Verkleinerung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ANV422 "Universität" (Einr.: Fraktion CDU) in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt mit der Anregung zur Erarbeitung eines interfraktionellen Antrages.

Hierzu hielt Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eine Gegenrede.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, sprach sich im Namen der einreichenden Fraktion der Drucksache ebenfalls gegen eine Rückverweisung aus und wies darauf hin, dass der zuständige Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bereits sechs Monate Zeit für die Erarbeitung eines interfraktionellen Antrages hatte und bis jetzt kein Ergebnis vorgelegt wurde.

Daraufhin begründete Herr Stampf nochmals sein Anliegen und warb um die Rückverweisung.

Somit stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung der Drucksache 2648/17 unter TOP 8.2 zur Abstimmung. Dieser wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	27
Enthaltungen:	0

abgelehnt.

Des Weiteren beantragte Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., die Verweisung der Drucksache 0455/18 - Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung eines städt. Grundstückes, Backhausgasse 19, Fienstedt (Einr.: Oberbürgermeister) unter TOP 8.13 in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben. Hier bestehe noch Klärungsbedarf und zugleich könne der kurzfristig eingereichte Antrag seiner Fraktion vorberaten werden, begründete Herr Bärwolff.

Darüber ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen. Dieser Antrag wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30

Nein-Stimmen: 1

Enthaltungen: 0

bestätigt und somit die Drucksache 0455/18 inkl. der zugehörigen Anträge unter TOP 8.13 in die Beratung der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben verwiesen.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

Es lagen keine Einwohneranfragen vor.

4. Genehmigung von Niederschriften

4.1. aus der Stadtratssitzung vom 07.03.2018

genehmigt Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4.2. aus der Stadtratssitzung vom 08.03.2018

genehmigt Ja 29 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag vor.

6. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

Die Anfragen lagen schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage durch Beschluss in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Zuerst erfolgte der Aufruf der dringlichen Anfragen. Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass für eine Behandlung der Anfrage in der Sitzung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder stimmen müsse. Wenn diese Mehrheit erreicht sei, werden die Beantwortungen ausgereicht.

6.1. Dringliche Anfragen

- 6.1.1. **Dringliche Anfrage - Inbetriebnahme des Brunnens der Völkerfreundschaft** 0958/18
Fragesteller: Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE.

Zu Beginn ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Somit wurde die benötigte 2/3-Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und hatte kein Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 6.1.2. **Dringliche Anfrage - Ergebnisse der Bürgerbefragung im Südosten** 1015/18
Fragesteller: Herr Czentarra, Fraktion DIE LINKE.

Zu Beginn ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 27
Nein-Stimmen: 3
Enthaltungen: 1

Somit wurde die benötigte 2/3-Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Die Nachfrage des Fragestellers, wann die Ergebnisse der Bürgerbefragung vorliegen, beantwortete die Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport, Frau Hoyer. Sie sicherte eine zeitnahe Auswertung zu und nannte hierfür das II. Quartal 2018.

Zudem beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage in die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2. Anfragen

6.2.1. Öffnungszeiten Freibäder 0880/18 Fragesteller: Herr Mroß, Fraktion SPD

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

6.2.2. Bürgerbeteiligungsprozess Clara-Zetkin-Straße 0957/18 Fragesteller: Herr Mroß, Fraktion SPD

In Vertretung des Fragestellers beantragte Herr Möller, Fraktion SPD, die Vertagung der Anfrage bis zur abschließenden Beantwortung auf die nächste Sitzung des Stadtrates am 27.06.2018.

vertagt

6.2.3. Digital-Pakt 2018# Bund-Länder-Vereinbarung zur Unterstützung der Bildung in der digitalen Welt im Bereich Schule **0856/18**
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Bildung und Sport, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.4. Petersbergregiment **0920/18**
Fragesteller: Herr Staufenbiel, Fraktion CDU

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie in den BUGA-Ausschuss, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

bestätigt wurden.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.5. Parkraumbewirtschaftung **0921/18**
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU

Die Nachfragen des Fragestellers wurden durch den Beigeordneten, für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, Herrn Hilge, beantwortet.

zur Kenntnis genommen

6.2.6. Sachstand Sportförderrichtlinie
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU

0922/18

Auf die Nachfrage des Fragestellers wies die Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport, Frau Hoyer, darauf hin, dass die Thematik in der übernächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport behandelt werde.

Daraufhin beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage in die Beratung der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 15.08.2018, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.7. Prioritätenliste Schulsanierung: Schulsporthallen/Turnhallen
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

0940/18

Die Nachfragen des Fragestellers wurden durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, beantwortet.

Zudem beantragte der Fragesteller die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Bildung und Sport, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.8. Neue Förderrichtlinie "E Mobil Invest"
Fragesteller: Herr Kanngießner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

0854/18

Der Fragesteller bedankte sich bereits im Vorfeld der Sitzung und hatte keine Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

6.2.9. Verkehrsversuch in der Clara-Zetkin-Str. 0939/18
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Fragesteller vertagte die Anfrage auf die kommende Sitzung des Stadtrates am 27.06.2018.

vertagt

7. Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen

7.1. Kostenbefreiung für den TSV Kerspleben e. V. zur Durchführung des Ferien camps 2018 0948/18
Einr.: Ortsteilbürgermeister Kerspleben

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1007/18 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

An der Beratung beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben, erläuterte die Intention seiner Drucksache und erläuterte die Bedingungen für die Durchführung eines Ferien camps. Er bat um Zustimmung zur Drucksache bzw. befürwortete eine Verweisung der Drucksache in den zuständigen Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb.
- Herr Hose, Fraktion CDU, signalisierte die Zustimmung zur Drucksache 0948/18 und führte zum ergänzenden Antrag seiner Fraktion aus. Seine Fraktion fügte zugleich die 6. Änderung der Tarifordnung für die Benutzung städtischer Sportanlagen bei und forderte eine entsprechende Anpassung. Die Kostenbefreiung bzw. Änderung der Tarifordnung sollten für alle Vereine gelten, die Mitglied im Stadtsportbund und ehrenamtlich tätig sind.
- Herr Metz, Fraktion SPD, wies darauf hin, dass die Tarifordnung für die Benutzung städtischer Sportanlagen generell überarbeitet werden sollte, um eine allgemeine Regelung für alle Vereine zu gewährleisten. Es gibt Vereine, die seit Jahren ein solches Ferien camp durchführen und ebenso entsprechende Kosten haben. Es sollte eine allgemein gültige Anpassung erfolgen und keine Ausnahmen durch einzelne Beschlüsse. Dahingehend beantragte er eine Verweisung der Drucksachen in den

Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb und in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben.

- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sicherte seine Unterstützung für das Anliegen des Ortsteilbürgermeisters Herrn Henkel zu. Dieser Antrag zeige ein Dilemma hinsichtlich eines einheitlichen Verfahrens für alle Vereine gemäß der Sportstättenvergabebesatzung auf. Dementsprechend begrüßte er den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb.
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, äußerte seinen Unmut zur gültigen Tarifordnung für die Benutzung städtischer Sportanlagen. Diese sollte für ehrenamtlich tätige Helfer in den Vereinen nicht gelten. Somit müsse diese Tarifordnung geändert werden. Hinsichtlich der vorliegenden Drucksache sprach er sich für die heutige Beschlussfassung aus und regte an, das Geld für das Feriencamp aus dem Fond des Erfurter Sportbetriebes zu entnehmen.

Auf die Nachfrage von Herrn Metz, wie ein solcher Beschluss und der Zuschuss des Geldes anderen Vereinen erklärt werden solle, wies Herr Stampf darauf hin, dass keine weiteren Anträge von anderen Vereinen vorliegen.

- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, stimmte den Aussagen von Herrn Metz zu. Eine Tarifordnung sollte für alle Vereine gelten und entsprechend überarbeitet werden. Hierfür solle nicht auf die Entscheidung von Landesebene gewartet werden.
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und befürwortete ebenfalls eine Verweisung der Drucksache in den Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb. Zugleich gab er zu bedenken, dass nach dem SGB VIII auch für solche Fälle von Familien entsprechende Zuzahlungen beantragt werden können.
- Bezugnehmend auf die Aussagen von Herrn Panse, teilte Frau Pelke, Fraktion SPD, mit, dass das Sportförderungsgesetz auf Landesebene frühestens im Herbst verabschiedet wird und die Kommunen durchaus entsprechende Maßnahmen eigenständig regeln können.
- Auf die Nachfragen von Herrn Henkel hinsichtlich der Pflege und Betreuung von Sportstätten ging der Sportdirektor des Erfurter Sportbetriebes ein.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb sowie in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben aus. Dieser wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

bestätigt und die Drucksache entsprechend in die o. g. Ausschüsse verweisen.

Verwiesen in Ausschuss

- 7.1.1. **Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0948/18 - Kostenbefreiung für den TSV Kerspleben e. V. zur Durchführung des Ferien camps 2018** 1007/18

Verwiesen in Ausschuss

- 7.2. **Aussetzung von Ausschreibungen für städtische Wohngrundstücke und Gebäude** 0962/18
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD als Tischvorlage mit folgendem Inhalt vor:

Antrag der Fraktion SPD zur DS 0962/18 - Aussetzung von Ausschreibungen für städtische Wohngrundstücke und Gebäude; Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

Die Drucksache 0962/18 wird wie folgt ersetzt:

BP 01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des Beschlusses zur Drucksachen Nr. 0614/16 „Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung von Grundstücken in Erfurt-Nord“ die Ausschreibung zum Verkauf der Flächen und Gebäude Talstraße 15 und 16 vorzubereiten.

Bei der Ausschreibung ist auf den derzeitigen Arbeitsstand des Entwurfes zur Konzeptvergabe zurückzugreifen.

BP 02

Die Ausschreibung ist dem Stadtrat in seiner Sitzung am 27. Juni 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zunächst erläuterte Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, die Intention der Drucksache seiner Fraktion und signalisierte zugleich die Zustimmung zum Antrag der Fraktion SPD. In seinen Ausführungen zur Thematik nahm er insbesondere Bezug auf die Ausschreibung der Gebäude der Talstraße 15 und 16.

Anschließend ging der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, Herr Hilge, auf den vorliegenden Antrag der Fraktion SPD ein und erklärte in Bezug auf Beschlusspunkt 02 der Tischvorlage, dass die Vorlaufzeit für die Ausschreibung bis zum Juni nicht ausreicht, sondern erst Ende September 2018 möglich sei.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, beantragte die Verweisung der Drucksache und des vorliegenden Antrages in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben und begründete dies. Zugleich hinterfragte er den im Antrag der Fraktion SPD aufgeführten "Entwurf der Konzeptvergabe". Ein solcher Entwurf sei seiner Fraktion nicht bekannt. Im Falle der Beschlussfassung sollte zunächst eingeschätzt werden, ob ein solcher Beschlusstext rechtskräftig ist.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., gab bekannt, dass seine Fraktion ausdrücklich die Intention der Anträge, die Talstraße nicht an den Höchstbietenden zu verkaufen, teilt, sondern entsprechende soziale, kreative und gemeinnützige Zwecke unterstützt. Hierzu ist laut Aussage der Verwaltung eine Vergaberichtlinie für kommunale Objekte notwendig. Dahingehend fragte er nach, bis wann ein Entwurf bzw. eine Vorlage für eine Vergaberichtlinie vorliegt.

Hierzu erklärte Herr Hilge das Verfahren und betonte, dass bis jetzt keiner Fraktion ein solcher Entwurf der Vergaberichtlinie vorliegt. Die Erarbeitung der Richtlinie läuft und eine Vorlage der Vergaberichtlinie kann frühestens Ende September erfolgen.

Auf die Nachfrage von Herrn Pfistner hinsichtlich einer rechtlichen Beurteilung einer Ausschreibung auf der Grundlage des genannten "Entwurfes der Konzeptvergabe" erklärte Herr Hilge, dass ein solcher Beschlusstext inhaltlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht bestimmbar und somit nicht umsetzbar sei.

Daraufhin erläuterte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seine Sichtweise und betonte die Bedeutung des Erbbaurechtes. Den Antrag der Fraktion SPD hielt er für einen Schnellschuss, da er seiner Ansicht nach inhaltlich zu unklar ist. Dementsprechend sollte der Antrag sowie die Ursprungsdrucksache zunächst im zuständigen Ausschuss vorberaten werden.

Mit der Zusicherung des Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, Herrn Hilge, die Ausschreibung der Talstraße 15 und 16 bis zur Vorlage der Vergaberichtlinie zurückzustellen, signalisierte Herr Stassny die Zustimmung zur Verweisung der Drucksache in die zuständigen Fachausschüsse – dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie dem Bau- und Verkehrsausschuss – zu.

Anschließend gab es keine weiteren Wortmeldungen und die Stadtratsvorsitzende wies mit Blick auf den Sitzungskalender darauf hin, dass – in Bezug auf die Vorlage der Vergaberichtlinie bis Ende September 2018 – erst am 17.10.2018 eine Stadtratssitzung stattfindet.

Somit wurde der Beschlusspunkt 02 des Antrages¹ mit Zustimmung der einreichenden Fraktion SPD wie folgt geändert:

BP 02

*Die Ausschreibung ist dem Stadtrat in seiner Sitzung am ~~27. Juni 2018~~ **17. Oktober 2018** zur Beschlussfassung vorzulegen.*

¹ redakt. Hinweis: Der Antrag der Fraktion SPD wurde in der geänderten Fassung als Drucksache 1026/18 angelegt.

Sodann stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung der Drucksache inkl. des vorliegenden Antrages der Fraktion SPD in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben sowie in den Bau- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung. Dieser wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt und somit die Drucksache inkl. des vorliegenden Antrages der Fraktion SPD in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

Im Anschluss an die Abstimmung wurde der TOP 8.21 aufgerufen.

8. Entscheidungsvorlagen

- 8.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan DAB655 "Wohnbebauung Max-Reger-Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit** 2412/17
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 08.05.2018 mit folgenden Änderungen bestätigte (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0):

Die Drucksache wurde im Einvernehmen der Ausschussmitglieder um folgenden Beschlusspunkt ergänzt:

BP 09

Durch die Verwaltung ist zu prüfen, ob eine Reduzierung des Stellplatzschlüssels auf 1,0 für dieses Bauvorhaben verträglich und zumutbar ist.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1012/18 vor. Dieser änderte die Anlage 2 und 3 der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

An der Diskussion beteiligten sich (teilweise mehrfach):

- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion. Im Gegensatz zum Prüfauftrag aus

dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt fordert seine Fraktion die Herabsetzung des Stellplatzschlüssels in Verbindung mit dem Mobilitätskonzept.

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, lehnte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab und befürwortete die Ergänzung des Beschlusspunktes 09 aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt. Die Verwaltung solle die Verträglichkeit der Reduzierung des Stellplatzschlüssels prüfen und eine endgültige Anzahl ermitteln.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, äußerte seine Bedenken zum Mobilitätskonzept und sprach sich für die Ursprungsdrucksache inkl. der Ergänzung des Beschlusspunktes 09 aus dem Fachausschuss aus.
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., führte zum Vorhaben aus und begründete seine Zustimmung zum Prüfauftrag für die Verwaltung gemäß dem ergänzten Beschlusspunkt 09 aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Somit rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1012/18), der die Anlage 2 und 3 der Ursprungsdrucksache änderte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	22
Enthaltungen:	3

Damit wurde dieser Antrag abgelehnt und es erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt.

mit Änderungen beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan DAB655 "Wohnbebauung Max-Reger-Straße" Stadtratsbeschluss Nr. 2127/13 vom 21.05.2014 wird aufgehoben.

02

Dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 24.02.2017 für das Vorhaben vorhabenbezogener Bebauungsplan DAB655 "Wohnbebauung Max-Reger-Straße" wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren soll eingeleitet werden.

03

Für das Antragsgrundstück Gemarkung Melchendorf, Flur 1, Flurstück 32/47 soll gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebau-

ungsplan DAB655 "Wohnbebauung Max-Reger-Straße" neu aufgestellt werden. Der Geltungsbereich verläuft entlang des o.g. Flurstücks.

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Überplanung eines Teilbereichs des Bebauungsplanes EFS135 "SO-Gebiet für Anlagen der Verwaltung zwischen Friedrich-Ebert-Straße und der Melchendorfer Straße", rechtskräftig seit 04.06.1994
- Städtebauliche Neuordnung des Grundstücks
- Schaffen der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von drei Wohngebäuden als Geschosswohnungsbau
- Sicherung einer hohen Freiraumqualität
- Sicherung der erforderlichen Flächen für den ruhenden Verkehr in einer Tiefgarage.

04

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

05

Das Vorhabenkonzept vom 22.01.2018 (Anlage 2) und die Vorhabenbeschreibung vom 22.01.2018 (Anlage 3) werden als Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans und dessen Begründung gebilligt.

06

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist durch die öffentliche Auslegung des städtebaulichen Vorentwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans DAB655 "Wohnbebauung Max-Reger-Straße" und dessen Begründung durchzuführen.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird, sind gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB zu beteiligen.

07

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller (Vorhabenträger) den erforderlichen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB zur Vorbereitung und Durchführung dieses Bebauungsplanverfahrens abzuschließen.

08

Der Flächennutzungsplan ist gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes DAB655 "Wohnbebauung Max-Reger-Straße" im Wege der Berichtigung anzupassen.

09

Durch die Verwaltung ist zu prüfen, ob eine Reduzierung des Stellplatzschlüssels auf 1,0 für dieses Bauvorhaben verträglich und zumutbar ist.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1 a – c beigelegt.)

- 8.1.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2412/17 Vorhabenbezogener Bebauungsplan DAB655 "Wohnbebauung Max-Reger-Straße" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss, Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit 1012/18

abgelehnt Ja 6 Nein 22 Enthaltung 3 Befangen 0

- 8.2. Prüfauftrag für eine deutliche Verkleinerung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ANV422 "Universität" 2648/17
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 27.02.2018 mit folgenden Änderungen (Ja 8 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0):

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Möglichkeit einer deutlichen Verringerung des Geltungsbereichs des im Vorentwurf vorliegenden Bebauungsplan ANV422 "Universität" zu prüfen. Ziel der Prüfung soll sein, eine maßvolle bauliche Erweiterung der Universität zu ermöglichen. Es ist lediglich der Ersatzneubau eines Hörsaal- und eines Bürogebäudes zu ermöglichen. Mit dieser lediglich geringfügigen baulichen Erweiterung soll erreicht werden, dass die Existenz des Familienbetriebes Saatgut Rose Erfurt GmbH nicht bedroht wird. Über das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtrat bis zum Ende ~~I. Quartal~~ **II. Quartal** 2018 zu informieren.*

Die Fraktion CDU als Einreicher der Drucksache stimmte den Änderungen aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt zu, verkündete die Stadtratsvorsitzende.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 18.04.2018 in den zuständigen Ausschuss.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vertagte die Drucksache in seiner Sitzung am 08.05.2018.

Es lag ein Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 0549/18 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 08.05.2018 ebenfalls vertagt.

Zudem lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 0729/18 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 08.05.2018 ebenfalls vertagt.

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1006/18 vor. Dieser ersetzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor. Dieser Antrag wurde noch nicht vorberaten.

Zur Drucksache und den vorliegenden Anträgen sprachen:

- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., äußerte seine Bedenken zur ambitionierten Drucksache der Fraktion CDU. Die Wege, die die Universität gehen will, seien noch nicht klar. Dahingehend begründete er den gemeinsamen Antrag mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0549/18).
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, führte zu den Schwerpunkten der Drucksache seiner Fraktion aus und begründete die Intention des neuen Antrags seiner Fraktion (Drucksache 1006/18) und bat um Zustimmung.
Er betonte die guten Verdienste der Universität Erfurt in den letzten Jahren. Der Stadtrat sollte die positive Entwicklung der Universität unterstützen und fördern. Der Antrag seiner Fraktion eröffnet diese Option für die nächsten Jahre. Zudem sollte aber auch die notwendige Sanierung und Planung vom Land vorangetrieben werden, bekräftigte er.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion (Drucksache 0729/18). Mit dem Hinweis, dass es Bemühungen für einen interfraktionellen Antrag gab, signalisierte er die Zustimmung zum Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 1006/18). Hierzu betonte er, dass der Beschlusstext des Antrages eine Erweiterung des Universitätsareals nach Süden nicht ausschließe.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte den Antrag seiner Fraktion gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE. vor und verwies auf den Schwerpunkt einer Erweiterung der Universität Erfurt nach Süden. Dahingehend führte er zu Gesprächen mit dem Kanzler der Universität aus und erläuterte dessen Präferenz der Erweiterung nach Süden Richtung Nordhäuser Straße. Diese Planungen sollten berücksichtigt werden. Seiner Ansicht nach beinhalten die Anträge der Fraktionen SPD und CDU jedoch eine Erweiterung der Universität nach Norden. Daher werde seine Fraktion diese ablehnen, bemerkte er.
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, äußerte seinen Unmut über das Nichtzustandekommen eines interfraktionellen Antrages. Seine Fraktion unterstütze die Universität und die Erhaltung der Saatgut Rose Erfurt GmbH. Hinsichtlich der Abstimmung der vorliegenden Anträge befinde er sich in einem Konflikt und erhoffte sich eine Einigung auf eine Lösung im Sinne aller Betroffenen.
- Bezugnehmend auf die Aussagen von Herrn Stampf verwies Herr Kallenbach auf die nicht deckungsfähigen Inhalte der jeweiligen Anträge der Fraktionen.
- Herr Gloria, Fraktion SPD, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik und bekräftigte deutlich, dass für eine Erweiterung der Universität kein wertvoller Gartenboden geopfert werden sollte. Dahingehend lehnte er den Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0549/18) ab.
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, zeigte sich ebenfalls unzufrieden, dass ein interfraktioneller Antrag – trotz der Bemühungen – nicht zu Stande kam.

- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, betonte nochmals deutlich, dass die Anträge der Fraktionen CDU und SPD eine Erweiterung der Universität nach Süden nicht ausschließen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit erläuterte die Stadtratsvorsitzende den Abstimmungsvorschlag und die –reihenfolge.

Zu Beginn rief die Stadtratsvorsitzende den gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 0549/18), der die Ursprungsdrucksache ersetzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	18
Enthaltungen:	3

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Im Anschluss zog Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, als Vertreter der einreichenden Fraktion die Drucksache 0729/18 zurück.

Sodann beantragte Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte der Drucksache 1006/18.

Darüber ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen. Der Antrag auf Einzelabstimmung wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	8

bestätigt.

In der folgenden Abstimmung der Ursprungsdrucksache in der Fassung des Antrages der Fraktion CDU (Drucksache 1006/18) rief die Stadtratsvorsitzende somit jeden Beschlusspunkt einzeln zur Abstimmung auf.

Zu Beginn erfolgte die Abstimmung über den Beschlusspunkt 01 der Drucksache 1006/18:

Der Stadtrat ist erfreut über die steigenden Studierendenzahlen und das gute Image der Universität Erfurt. Er unterstützt eine weitere positive Entwicklung der Hochschule.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 2

Damit wurde dieser Punkt beschlossen.

Im Weiteren wurde der Beschlusspunkt 02 der Drucksache 1006/18 zur Abstimmung aufgerufen:

Der Stadtrat stellt fest, dass an einer Reihe von Gebäuden der Universität erheblicher Sanierungsstau besteht und dass das Audimax wegen baulicher Mängel seit mehr als zwei Jahren gesperrt ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 32
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 1

Somit wurde auch dieser Punkt beschlossen.

Es folgte die Abstimmung über den Beschlusspunkt 03 der Drucksache 1006/18:

Der Stadtrat empfiehlt dem Freistaat und der Universität, an der Campus-Lösung festzuhalten, d. h. alle Gebäude der Hochschule auf dem Areal an der Nordhäuser Straße zu konzentrieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser Punkt ebenfalls beschlossen.

Darauf folgte die Abstimmung über den Beschlusspunkt 04 der Drucksache 1006/18:

Für erforderliche Neubauten, beispielsweise Neubau eines Audimax oder eines Forschungsgebäudes, ist eine Binnenlösung zu präferieren. Dabei sind Aspekte des Natur- und Klimaschutzes sowie Flächen mit Erholungsfunktion für Studierende und Beschäftigte zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 25
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 8

Dieser Punkt wurde ebenfalls beschlossen.

Die Stadtratsvorsitzende stellte den Beschlusspunkt 05 der Drucksache 1006/18 zur Abstimmung:

Bei einer eventuellen Erweiterung des gegenwärtigen Campus-Geländes darf es nicht zu einer Existenzbedrohung des Familienbetriebes Saatgut Rose Erfurt GmbH kommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	1

Damit wurde auch dieser Punkt beschlossen.

Anschließend folgte die Abstimmung des Beschlusspunktes 06 der Drucksache 1006/18:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Freistaat und der Universität entsprechende Prüfungen über bauliche Entwicklungsmöglichkeiten vorzunehmen und dem Stadtrat über das Ergebnis bis zum 31.10.2018 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	4

Somit wurde dieser Punkt ebenfalls beschlossen.

Abschließend erfolgte die Abstimmung über den Beschlusspunkt 07 der Drucksache 1006/18:

Der Stadtrat setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass die erforderlichen Planungen, Sanierungen und Neubauten zügig vorangetrieben werden und der Freistaat die erforderlichen Mittel bedarfsgerecht bereitstellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	5

Dieser Punkt wurde ebenfalls beschlossen.

Damit wurden die Beschlusspunkte 01 – 07 der Drucksache 1006/18 inkl. der Änderung des Titels in "Entwicklung der Universität Erfurt" beschlossen.

mit Änderungen beschlossen

Beschluss:

Änderung im Titel der Drucksache: Der Titel lautet wie folgt:
"Entwicklung der Universität Erfurt"

01

Der Stadtrat ist erfreut über die steigenden Studierendenzahlen und das gute Image der Universität Erfurt. Er unterstützt eine weitere positive Entwicklung der Hochschule.

02

Der Stadtrat stellt fest, dass an einer Reihe von Gebäuden der Universität erheblicher Sanierungsstau besteht und dass das Audimax wegen baulicher Mängel seit mehr als zwei Jahren gesperrt ist.

03

Der Stadtrat empfiehlt dem Freistaat und der Universität, an der Campus-Lösung festzuhalten, d. h. alle Gebäude der Hochschule auf dem Areal an der Nordhäuser Straße zu konzentrieren.

04

Für erforderliche Neubauten, beispielsweise Neubau eines Audimax oder eines Forschungsgebäudes, ist eine Binnenlösung zu präferieren. Dabei sind Aspekte des Natur- und Klimaschutzes sowie Flächen mit Erholungsfunktion für Studierende und Beschäftigte zu berücksichtigen.

05

Bei einer eventuellen Erweiterung des gegenwärtigen Campus-Geländes darf es nicht zu einer Existenzbedrohung des Familienbetriebes Saatgut Rose Erfurt GmbH kommen.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Freistaat und der Universität entsprechende Prüfungen über bauliche Entwicklungsmöglichkeiten vorzunehmen und dem Stadtrat über das Ergebnis bis zum 31.10.2018 zu informieren.

07

Der Stadtrat setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass die erforderlichen Planungen, Sanierungen und Neubauten zügig vorangetrieben werden und der Freistaat die erforderlichen Mittel bedarfsgerecht bereitstellt.

8.2.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 2648/17 Prüfauftrag für eine deutliche Verkleinerung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes ANV422 "Universität" 0549/18

abgelehnt Ja 13 Nein 18 Enthaltung 3 Befangen 0

- 8.2.2. **Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2648/17 - Prüf- 0729/18**
 auftrag für eine deutliche Verkleinerung des Geltungsbe-
 reiches des Bebauungsplanes ANV422 "Universität"

zurückgezogen

- 8.2.3. **Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2648/17 Prüf- 1006/18**
 auftrag für eine deutliche Verkleinerung des Geltungsbe-
 reiches des Bebauungsplanes ANV422 "Universität"

bestätigt

- 8.3. **Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstätten- 2832/17**
 leitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungs-
 konzept
 Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 31.01.2018 in den zuständigen Ausschuss.

Der Beschlusspunkt 05 der Ursprungsdrucksache wurde vom Einreicher am 16.05.2018 zurückgezogen, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 0251/18 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen Beschlusspunkt 06. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 02.05.2018 zurückgezogen und in der Sitzung des Werkausschusses Erfurter Sportbetrieb am 03.05.2018 abgelehnt (Ja 4 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 0773/18 vor. Dieser ergänzte die Beschlusspunkte 03 und 05 der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor. Hierzu fügte die Stadtratsvorsitzende hinzu, dass die Ergänzung des Beschlusspunktes 05 von der Fraktion SPD am 16.05.2018 zurückgezogen wurde.

In der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 02.05.2018 wurde die Ergänzung des Beschlusspunktes 03 bestätigt und der Beschlusspunkt 05 durch den Vertreter der Fraktion zurückgezogen.

Im Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb am 03.05.2018 wurde ebenfalls die Ergänzung des Beschlusspunktes 03 bestätigt und der Beschlusspunkt 05 abgelehnt.

Es lag ein weiterer Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 0933/18 vor. Dieser wurde vom Einreicher zurückgezogen.

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 0992/18 vor. Dieser ergänzte den Beschlusspunkt 03 der Ursprungsdrucksache und wurde nicht vorberaten. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1022/18 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen Beschlusspunkt 05. Der Antrag wurde nicht vorberaten. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Der Ausschuss für Bildung und Sport bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 02.05.2018 mit Änderungen (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 03.05.2018 ebenfalls mit Änderungen (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Hierzu teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass beide Ausschüsse die Beschlusspunkte 01 bis 04 - in Fassung der Ursprungsdrucksache 2832/17 und des geänderten Antrages (Drucksache 0773/18) wie folgt bestätigten:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den im Jahr 2010 beschlossenen Sportstättenleitplan der Landeshauptstadt mit dem Ziel fortzuschreiben, ihn an die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung der Stadt entsprechend der städtischen Prognosen anzupassen.

02

Auf Grundlage einer umfassenden Bestands- und Bedarfsanalyse ist der Sportstättenleitplan zu einem Sportentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Erfurt weiterzuentwickeln. Der Stadtrat ist im 3. Quartal 2018 erstmals über den Bearbeitungsstand zu informieren.

03

*In den Entwicklungsprozess sind u.a. der Stadt sportbund Erfurt und der Landessportbund Thüringen einzubeziehen sowie eine Sportvereinsbefragung, eine Bürgerbefragung und eine geeignete Bürgerbeteiligung durchzuführen. Zudem ist eine geeignete, durch Fördermittel refinanzierte, externe wissenschaftliche Begleitung und Evaluation im Prozess sicherzustellen. **Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sind in der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2019 / 2020 zu berücksichtigen und dem Wirtschaftsplan des Erfurter Sportbetriebes zuzuführen.***

04

Auf Grundlage der Befragungsergebnisse und der Bürgerbeteiligung ist eine mittel- und langfristige Sportstättenbedarfs- und Investitionsplanung als Teil des Sportentwicklungskonzeptes zu erstellen.

Vor der Eröffnung der Beratung übernahm Herr Horn, stellvertretender Stadtratsvorsitzender, die Sitzungsleitung.

Zu Beginn erläuterte Herr Hose, Fraktion CDU, die vorliegenden Anträge seiner Fraktion (Drucksache 0251/18 und 1022/18). In seinen Ausführungen ging er auf die Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes und dessen Bedeutung ein. Die Ursprungsdrucksache begrüßte er. Nach Ansicht seiner Fraktion sei aber – im Gegensatz zur Fraktion SPD – der Einsatz einer Sportkommission wichtig und notwendig.

Zudem beantragte er im Namen seiner Fraktion die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte der Drucksache in Fassung des Ausschusses für Bildung und Sport.

Frau Pelke, Fraktion SPD, ging auf den fraktionsübergreifenden Wille nach einer dringenden Überarbeitung des Sportstättenleitplanes ein. Es bestehe nur ein kleiner Unterschied – die Einbeziehung der Sportkommission. In ihrer Funktion als Vorsitzende des Stadtsportbundes erläuterte sie die Zusammenstellung, die Mitglieder und die Aufgabenausführung der Sportkommission. Mit dem Hinweis, dass dieses Gremium in den letzten Jahren nur sehr selten getagt habe und die Mitglieder identisch mit den Personen im Ausschuss für Bildung und Sport seien, gab sie zu bedenken – ohne das Gremium in Frage zu stellen – ob eine weitere – neben den zahlreichen vorhandenen Gremien - ehrenamtliche Kommission wirklich notwendig sei.

Daraufhin erklärte Herr Hose, dass laut seiner Information die Sportkommission von sich aus wieder tagen möchte.

Im Falle, dass sich aufgrund der Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes neue Aufgaben für die Kommission ergeben, stehe einer erneuten Einrichtung der Sportkommission nichts im Wege, verkündete Frau Pelke im Namen ihrer Fraktion.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, sprach sich für den Antrag seiner Fraktion aus und warb für die Einbeziehung der Vertreter der Messer Erfurt GmbH in den Entwicklungsprozess.

Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte prinzipiell die Intention der Drucksache, äußerte jedoch zugleich seine Bedenken hinsichtlich der Belastung für den Haushalt der Landeshauptstadt Erfurt.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, erläuterte seine Sichtweise zur Drucksache und ging insbesondere auf die Aufgaben und Schwierigkeiten der Sportkommission im letzten Jahr ein. Den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN werde er ablehnen, da seiner Ansicht nach die Messe nicht die Interessen der Stadt vertrete, sondern lediglich kommerzielle Absichten habe. Sein Einvernehmen zur Ursprungsdrucksache und der geänderten Drucksache 0773/18 sicherte er zu und warb abschließend nochmals um die Einrichtung der Sportkommission als beratendes Gremium und somit um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion (Drucksache 1022/18).

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, erläuterte der stellv. Stadtratsvorsitzende den Abstimmungsvorschlag und die –reihenfolge.

Daraufhin rief der stellv. Stadtratsvorsitzende zu Beginn den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 0251/18), der die Ursprungsdrucksache um einen Beschlusspunkt 06 ergänzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 25
Enthaltungen 0

Damit wurde dieser Antrag abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, (Drucksache 0992/18), der den Beschlusspunkt 03 der Ursprungsdrucksache ergänzte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18
Nein-Stimmen: 13
Enthaltungen: 1

Somit wurde dieser Antrag bestätigt.

Anschließend ließ der stellv. Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 1022/18), der die Ursprungsdrucksache um einen Beschlusspunkt 05 ergänzte, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 17
Enthaltungen: 2

Dieser Antrag wurde somit abgelehnt.

Daraufhin stellte der stellv. Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU auf Einzelabstimmung der Beschlusspunkte der Ursprungsdrucksache 2832/17 und der geänderten Drucksache 0773/18 in der Fassung des Ausschusses für Bildung und Sport, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: 5
Enthaltungen: 3

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Beschlusspunkte der Drucksache in der o. g. Fassung einzeln zur Abstimmung aufgerufen.

Zu Beginn erfolgte die Abstimmung über den Beschlusspunkt 01 der Drucksache 2832/17:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den im Jahr 2010 beschlossenen Sportstättenleitplan der Landeshauptstadt mit dem Ziel fortzuschreiben, ihn an die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung der Stadt entsprechend der städtischen Prognosen anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen: 4
Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser Punkt beschlossen.

Im Fortgang erfolgte die Abstimmung über des Beschlusspunkt 02 der Drucksache 2832/17:

Auf Grundlage einer umfassenden Bestands- und Bedarfsanalyse ist der Sportstättenleitplan zu einem Sportentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Erfurt weiterzuentwickeln. Der Stadtrat ist im 3. Quartal 2018 erstmals über den Bearbeitungsstand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen: 4
Enthaltungen: 0

Somit wurde auch dieser Punkt beschlossen.

Anschließend stellte der stellv. Stadtratsvorsitzende den Beschlusspunkt 03 der Drucksache 2832/17 in Fassung des geänderten Antrages der Fraktion SPD (Drucksache 0773/18) zur Abstimmung:

In den Entwicklungsprozess sind u.a. der Stadt sportbund Erfurt und der Landessportbund Thüringen einzubeziehen sowie eine Sportvereinsbefragung, eine Bürgerbefragung und eine geeignete Bürgerbeteiligung durchzuführen. Zudem ist eine geeignete, durch Fördermittel refinanzierte, externe wissenschaftliche Begleitung und Evaluation im Prozess sicherzustellen. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sind in der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2019 / 2020 zu berücksichtigen und dem Wirtschaftsplan des Erfurter Sportbetriebes zuzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18
Nein-Stimmen: 14
Enthaltungen: 0

Damit wurde dieser Punkt ebenfalls beschlossen.

Abschließend erfolgte die Abstimmung über den Beschlusspunkt 04 der Drucksache 2832/17:

Auf Grundlage der Befragungsergebnisse und der Bürgerbeteiligung ist eine mittel- und langfristige Sportstättenbedarfs- und Investitionsplanung als Teil des Sportentwicklungskonzeptes zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen: 4
Enthaltungen: 0

Somit wurde dieser Punkt ebenfalls beschlossen.

mit Änderungen beschlossen

Beschluss:

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den im Jahr 2010 beschlossenen Sportstättenleitplan der Landeshauptstadt mit dem Ziel fortzuschreiben, ihn an die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung der Stadt entsprechend der städtischen Prognosen anzupassen.

02

Auf Grundlage einer umfassenden Bestands- und Bedarfsanalyse ist der Sportstättenleitplan zu einem Sportentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Erfurt weiterzuentwickeln. Der Stadtrat ist im 3. Quartal 2018 erstmals über den Bearbeitungsstand zu informieren.

03

In den Entwicklungsprozess sind u.a. der Stadtsportbund Erfurt und der Landessportbund Thüringen und Vertreter der Messe Erfurt GmbH einzubeziehen sowie eine Sportvereinsbefragung, eine Bürgerbefragung und eine geeignete Bürgerbeteiligung durchzuführen. Zudem ist eine geeignete, durch Fördermittel refinanzierte, externe wissenschaftliche Begleitung und Evaluation im Prozess sicherzustellen. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sind in der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2019 / 2020 zu berücksichtigen und dem Wirtschaftsplan des Erfurter Sportbetriebes zuzuführen.

04

Auf Grundlage der Befragungsergebnisse und der Bürgerbeteiligung ist eine mittel- und langfristige Sportstättenbedarfs- und Investitionsplanung als Teil des Sportentwicklungskonzeptes zu erstellen.

8.3.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 2832/17 - Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept 0251/18

abgelehnt Ja 6 Nein 26 Enthaltung 0 Befangen 0

8.3.2. Antrag der Fraktion SPD zur DS 2832/17 - Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept 0773/18

bestätigt mit Änderungen

8.3.3. Antrag der Fraktion SPD zur DS 2832/17 - Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept 0933/18

zurückgezogen

8.3.4. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur Drucksache 2832/17 - Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept 0992/18

bestätigt Ja 18 Nein 13 Enthaltung 1 Befangen 0

8.3.5. Antrag der Fraktion CDU zur DS 2832/17 - Fortschreibung und Weiterentwicklung des Sportstättenleitplanes zu einem kommunalen Sportentwicklungskonzept 1022/18

abgelehnt Ja 13 Nein 17 Enthaltung 2 Befangen 0

8.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH 0056/18
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 03.05.2018 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache.

beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Jahresabschluss 2017 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH mit einer Bilanzsumme von 931.539,74 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 898.810,05 Euro wird festgestellt.

02

Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2017 in Höhe von 898.810,05 Euro ist mit der Kapitalrücklage zu verrechnen.

03

Die Geschäftsführerin Frau Dr. Carmen Hildebrandt wird für das Geschäftsjahr 2017 entlastet.

04

Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2017 entlastet.

05

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2018 der Erfurt Tourismus und Marketing GmbH einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz und des Lageberichts 2018 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Niederlassung Erfurt bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Gesellschafterin Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

8.5. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 der HYMA - Die 0057/18
Hydrauliker GmbH
Einr.: Oberbürgermeister

Der stellv. Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen die Drucksache in seiner Sitzung am 03.05.2018 bestätigte (Ja 7 Nein 3 Enthaltung 0 Befangen 0).

Im Anschluss übernahm die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, wieder die Sitzungsleitung.

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 25 Nein 6 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Jahresabschluss 2017 der HYMA - Die Hydrauliker GmbH mit einer Bilanzsumme von 1.030.920,92 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 207.202,79 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 207.202,79 EUR ist auf neue Rechnung vorzutragen.

03

Dem Geschäftsführer Herrn Martin Balcke wird für das Geschäftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

- 8.6. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Eigenbetriebs Thüringer Zoopark Erfurt 0073/18
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Thüringer Zoopark Erfurt die Drucksache in seiner Sitzung am 03.05.2018 bestätigte (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 23 Nein 0 Enthaltung 9 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Jahresabschluss 2017 des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt mit einer Bilanzsumme von 18.322.661,03 EUR und einem Jahresverlust von 422.380,58 EUR wird festgestellt.

02

Der Jahresverlust von 422.380,58 EUR wird gemäß § 8 Abs. 2 Thüringer Eigenbetriebsverordnung mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

03

Der Werkleiterin Frau Dr. Dr. Sabine Merz wird für das Wirtschaftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Der Werkleiterin Frau Katrin Gallion wird für das Wirtschaftsjahr 2017 Entlastung erteilt.
Dem Oberbürgermeister wird für das Wirtschaftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

04

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2018 einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Werkleitung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz wird die MSC Schwarzer Albus GmbH, Wallstr. 18, 99084 Erfurt bestellt. Der Prüfungsbericht ist der Landeshauptstadt Erfurt auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

- 8.7. 1. Änderungssatzung der Eigenbetriebsatzung des Eigenbetriebes Erfurter Sportbetrieb 0229/18
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb die Drucksache in seiner Sitzung am 03.05.2018 einstimmig bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache.

beschlossen Ja 25 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderungssatzung der Eigenbetriebsatzung des Erfurter Sportbetriebes gemäß Anlage 1.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.)

**8.8. 2. Änderungssatzung der Eigenbetriebsatzung des Ei- 0230/18
 genbetriebes Multifunktionsarena Erfurt
 Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, der Werkausschuss Multifunktionsarena Erfurt die Drucksache in seiner Sitzung am 03.05.2018 bestätigte (Ja 5 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 23 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 2. Änderungssatzung des Eigenbetriebes Multifunktionsarena Erfurt gemäß Anlage 1.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.)

**8.9. Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 27 für den Bereich 0325/18
 Altstadt, "Nördlich Zitadelle Petersberg - Andreasgärten"
 - Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
 Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 08.05.2018 einstimmig bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Zudem wies die Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass das Datum im Beschlusspunkt 02 redaktionell auf den 05.02.2018 angepasst werden muss:

02

Die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 27 für den Bereich Altstadt, „Nördlich Zitadelle Petersberg – Andreasgärten“ in der Fassung vom 05.02.2016 2018 (Anlage 2) wird beschlossen. Die Begründung inklusive Umweltbericht (Anlage 3) wird gebilligt.

Die Fassung vom 05.02.2018 (Anlage 2) wurde bereits im Anlagenverzeichnis im Drucksachentext korrekt benannt, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache inkl. der redaktionellen Änderung.

mit Änderungen beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zur Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 27 für den Bereich Altstadt, „Nördlich Zitadelle Petersberg – Andreasgärten“ eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4) ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 27 für den Bereich Altstadt, „Nördlich Zitadelle Petersberg – Andreasgärten“ in der Fassung vom 05.02.2018 (Anlage 2) wird beschlossen. Die Begründung inklusive Umweltbericht (Anlage 3) wird gebilligt.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 4 a – d beigelegt.)

8.10. Bestandsbäume in Bebauungsplänen und bei Baumaßnahmen 0328/18
Eintr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 08.03.2018 in den zuständigen Ausschuss.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 08.05.2018 (Ja 2 Nein 0 Enthaltung 8 Befangen 0).

Zu Beginn erläuterte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention der Drucksache seiner Fraktion und bat um Zustimmung.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, gab die Unterstützung seiner Fraktion zur Thematik bekannt, aber äußerte zugleich seine Bedenken anhand der Durchsetzung per Beschluss. Daher werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, signalisierte die Zustimmung zur Drucksache und begründete dies.

Herr Kordon, Fraktion CDU, begrüßte das Ansinnen der Drucksache. Jedoch sei der Antrag nach Ansicht seiner Fraktion nicht zielführend und daher werde sich seine Fraktion bei der Abstimmung ebenfalls enthalten.

Herr Gloria, Fraktion SPD, erläuterte seine Sichtweise zur Thematik. Nach einem Neubau ist es oftmals sinnvoller neue Bäume zu pflanzen, bemerkte er und begründete dies. Dementsprechend sei die Drucksache nach seiner Ansicht unzweckmäßig.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 20 Nein 1 Enthaltung 11 Befangen 0

Beschluss:

01

Urbanes Grün wird noch stärker Teil der Erfurter Baukultur und Stadtplanung. Die Stadtverwaltung setzt daher auf Baumerhalt vor Neupflanzungen in Bebauungsplänen. Die Erhaltung von Altbäumen soll von Beginn an fester Bestandteil der Entwürfe und der Bauplanungen sein.

02

Alle Bemühungen zum Baumerhalt sind transparent nachzuweisen.

03

Für die Fälle, wo der Baumerhalt nicht möglich ist, prüft die Stadtverwaltung, inwieweit mehr Neupflanzungen bzw. Ausgleichsmaßnahmen durch Stadtgrün direkt in der Stadt umgesetzt werden können.

04

Die Stadtverwaltung nutzt hierzu den aktuellen Stand der Technik sowie neueste Erkenntnisse bei der Pflanzung von Bäumen in Städten, insbesondere bzgl. der Einordnung bei vorhandenem Leitungsbestand und der Sicherung von ausreichendem Wurzelraum.

**8.11. PLATZ NEHMEN - 222 Bänke für Erfurt!
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

0362/18

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt.

Zudem lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern eine Stellungnahme des Seniorenbeirates zur Drucksache vor. Hierzu lag die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Der Stadtrat verwies die Drucksache in seiner Sitzung am 08.03.2018 in den zuständigen Ausschuss.

Es lag ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN mit Drucksache 0552/18 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 08.05.2018 mit Änderungen bestätigt. Es wurden die Ergänzungen im Beschlusspunkt 01 und 03 bestätigt und der Beschlusspunkt 04 gestrichen.

Zudem lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 0810/18 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor. Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 08.05.2018 bestätigt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 08.05.2018 mit Änderungen (Ja 7 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0). Es wurde die Drucksache inkl. des geänderten Änderungsantrages der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (DS 0552/18) und des Änderungsantrages der Fraktion SPD (DS 0810/18) bestätigt.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernimmt die Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt, die SPD-Fraktion stimmt zu und die Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN stimmt hinsichtlich ihres Antrages ebenfalls zu, verkündete die Stadtratsvorsitzende.

Zu Beginn erläuterte Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention der Drucksache ihrer Fraktion und begründete die inhaltlichen Schwerpunkte. Hinsichtlich des Beschlusspunktes 05 wies sie darauf hin, dass das Zeitfenster vom 2. Quartal auf das 4. Quartal geändert werden muss. Somit lautete der Beschlusspunkt 05 wie folgt:

05

Eine Darstellung der Folgekosten, z. B. für Instandhaltung und Wartung der Bänke und Fragen der Haftung werden von der Stadtverwaltung, dem Stadtrat und den zuständigen Ausschüssen mit dem Konzept zur Aufstellung von 222 Sitzbänken bis zum Ende des ~~2. Quartals~~ 4. Quartals 2018 vorgelegt.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt inkl. des geänderten Beschlusspunktes 05 auf.

mit Änderungen beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Stadtverwaltung wird beauftragt für Erfurt ein Konzept zur Aufstellung von 222 öffentlichen Sitzbänken, sowie 222 Papierkörben, sowohl in der Innenstadt als auch in den Erfurter Ortsteilen zu erarbeiten.

Das Konzept soll dem Stadtrat bis zum Ende des 4. Quartals 2018 vorgelegt werden.

02

Die Bänke sollen sich in das gestalterische Gesamtkonzept der jeweiligen Plätze einfügen. Die Stadtverwaltung legt einen Katalog für das Stadtmobiliar vor, der sich an den Interessen der unterschiedlichen Benutzerkreise orientiert und die Ansprüche an die jeweiligen Orte im öffentlichen Raum berücksichtigt.

03

Die Stadtverwaltung prüft, ob Bankpatenschaften die Finanzierung unterstützen können und in welcher Weise dafür geworben werden kann. Die Paten werden auf den Bänken persönlich erwähnt.

04

Die Erfurter Bürgerinnen und Bürger sollen bei der Standortwahl für die Bänke eingebunden und befragt werden.

05

Eine Darstellung der Folgekosten, z. B. für Instandhaltung und Wartung der Bänke und Fragen der Haftung werden von der Stadtverwaltung, dem Stadtrat und den zuständigen Ausschüssen mit dem Konzept zur Aufstellung von 222 Sitzbänken bis zum Ende des 4. Quartals 2018 vorgelegt.

8.11.1. Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN zur 0552/18
Drucksache 0362/18 - PLATZ NEHMEN - 222 Bänke für
Thüringen

bestätigt mit Änderungen

8.11.2. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0362/18 - PLATZ 0810/18
NEHMEN - 222 Bänke für Erfurt

bestätigt mit Änderungen

8.12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan LOV658 "Wohnbe- 0436/18
bauung Braugoldareal" - Billigung der Grundzüge der
Wettbewerbsauslobung
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 08.05.2018 mit folgenden Änderungen bestätigte (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0):

01

Die Grundzüge der Wettbewerbsauslobung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan LOV658 gemäß Anlage 1 werden beschlossen.

02

Mit dem Vorhabenträger ist ein Anteil an Sozialwohnungen ~~gemäß dem~~ im Vorgriff auf das geplante Erfurter Baulandmodell und vorbehaltlich der Bereitstellung entsprechender Fördermittel, vertraglich zu vereinbaren.

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 1008/18 vor. Dieser änderte den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache in der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1011/18 vor. Dieser änderte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion und begründete die Entwicklung eines Mobilitätskonzepts und die Reduzierung des Stellplatzschlüssels. Zudem änderte er den vorliegenden Antrag seiner Fraktion wie folgt:

- *Freiraumplanerische Prämissen*

[...]

Diese sind, soweit dies bautechnisch möglich ist, zu erhalten und in die künftige Freiraumplanung zu integrieren. Ausnahmen sind nur dort zulässig, wo Baumbestand mit einer Blockrandbebauung kollidieren würde und planerische Versuche zur Integration des Baumes nur zu einer unbefriedigten Lösung führen. Dies ist zu begründen. Für alle flachen und flach geneigten Dachflächen ist eine Dachbegrünung vorzusehen. Zusätzlich ist an geeigneten Fassaden Begrünung vorzusehen.

[...]

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion, führte zum Vorhaben aus und gab zu bedenken, dass die Baumgruppen wiederum zur Verschattung führen und entsprechend die Ausrichtung der Gebäude beeinflusst. Bezugnehmend auf das Mobilitätskonzept wies er darauf hin, dass das Auto derzeit das meistgenutzte Fortbewegungsmittel ist und begründete somit die Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, befürwortete die Aussagen seines Vorredners und verwies auf die Grundzüge der Wettbewerbsauslobung. Dahingehend begründete er die Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seitens seiner Fraktion.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit stellte die Stadtratsvorsitzende zu Beginn den Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 1008/18), der den Beschlusspunkt 02 der Ursprungsdrucksache in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt änderte, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	8
Enthaltungen:	4

Damit wurde dieser Antrag bestätigt.

Sodann erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1011/18), der die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache änderte, in der durch Herrn Prof. Dr. Thumfart geänderten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 20
Enthaltungen: 2

Somit wurde dieser Antrag abgelehnt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt inkl. der zuvor bestätigten Änderung.

mit Änderungen beschlossen Ja 28 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Grundzüge der Wettbewerbsauslobung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan LOV658 gemäß Anlage 1 werden beschlossen.

02

Mit dem Vorhabenträger ist ein Anteil an Sozialwohnungen im Vorgriff auf das geplante Erfurter Baulandmodell vertraglich zu vereinbaren.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.)

8.12.1. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0436/18 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan LOV658 "Wohnbebauung Braugoldareal" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung 1008/18

bestätigt Ja 20 Nein 8 Enthaltung 4 Befangen 0

8.12.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 0436/18 Vorhabenbezogener Bebauungsplan LOV658 "Wohnbebauung Braugoldareal" - Billigung der Grundzüge der Wettbewerbsauslobung 1011/18

abgelehnt Ja 10 Nein 20 Enthaltung 2 Befangen 0

8.13. Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung eines städt. Grundstückes, Backhausgasse 19, Frienstedt Einr.: Oberbürgermeister 0455/18

siehe TOP 2

Verwiesen in Ausschuss

8.13.1. Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Frienstedt zur DS 0455/18 - Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung eines städt. Grundstückes, Backhausgasse 19, Frienstedt 0860/18

Verwiesen in Ausschuss

8.13.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur DS 0455/18 - Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung eines städt. Grundstückes, Backhausgasse 19, Frienstedt 1017/18

Verwiesen in Ausschuss

8.14. Familienfreundliches Bauen Einr.: Fraktion CDU 0515/18

siehe TOP 2

vertagt

Nach diesem Tagesordnungspunkt beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, gemäß des Antrages des Oberbürgermeisters (siehe TOP 2) die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

8.15. Sanierung und Wiedereröffnung des ega-Südeingangs Einr.: Fraktion DIE LINKE. 0581/18

vertagt

8.15.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 0581/18 Sanierung und Wiedereröffnung des ega-Südeingangs 0818/18

vertagt

8.16. Grundstücksverkehr - Öffentliche Ausschreibung eines städtischem Grundstückes in Hochheim - Auf den Lösern
Einr.: Oberbürgermeister 0610/18

vertagt

8.17. Aufstellung einer Ergänzungssatzung für den Ortsteil Marbach, Schwarzburger Straße 66 bis 70
Einr.: Ortsteilbürgermeisterin Marbach 0617/18

vertagt

8.18. Ausrichtung des Deutschen Katholikentags 2024 in Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister 0724/18

vertagt

8.19. Fortschreibung Feuerwehrbedarfsplan und Standort- und Technikkonzept
Einr.: Fraktion SPD 0725/18

vertagt

8.19.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0725/18 Fortschreibung Feuerwehrbedarfsplan und Standort- und Technikkonzept 0807/18

vertagt

8.20. Rathausbrücke entschleunigen
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 0728/18

vertagt

8.20.1. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0728/18 Rathausbrücke entschleunigen 1009/18

vertagt

8.21. Änderung der Besetzung des Seniorenbeirates
Einr.: Oberbürgermeister

0759/18

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem TOP 7.2 aufgerufen.

Die Stadtratsvorsitzende gab Folgendes bekannt:

- Die Anzahl der anwesenden Mitglieder des Stadtrates betrug 30.
- Jedes Mitglied des Stadtrates hatte eine Stimme.
- Gewählt war, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat (§ 39 Abs. 2 ThürKO).
Die erforderliche Mehrheit betrug somit 16 Stimmen.
- Der Hauptausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am **15.05.2018** mehrheitlich (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Daraufhin wurde die Wahlkommission nach vorn gebeten.

Im Anschluss fand die Wahlhandlung und Auszählung der Stimmen statt.

Nach der Auszählung der Stimmen erfolgte die Pause.

Nach der Pause wurde von Herrn Gillmann, Stadtratsreferent, folgendes Wahlergebnis bekannt gegeben:

Stimmen für Herrn Jörg Schüler : 29

Daraufhin gratulierte die Stadtratsvorsitzende dem Gewählten zur Wahl.

Beschluss:

Für das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Erfurt e.V. wird

Herr Jörg Schüler

in den Seniorenbeirat gewählt.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Erfurter Stadtrates:	51
davon	
anwesend:	30
abgegebene Stimmen:	30
erforderliche Mehrheit:	16
Stimmen für Herrn Jörg Schüler :	29

Im Anschluss fuhr die Stadtratsvorsitzende mit dem Tagesordnungspunkt 8.1 fort.

- 8.22. Änderung Besetzung Seniorenbeirat 0762/18**
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vertagt

- 8.23. Entschädigung für aktive Mitglieder der Freiwilligen 0845/18**
Feuerwehren
Einr.: Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN

vertagt

- 8.24. Kreuzungsbereich Pelikanweg/Haßlebener Weg und Stot- 0848/18**
ternheimer Straße als voll signalisierte LSA-Kreuzung
ausbauen
Einr.: Ortsteilbürgermeister Sulzer Siedlung

vertagt

- 9. Informationen**

- 9.1. Klimaanpassungskonzept - Klimagerechtes Flächenma- 0799/16**
nagement der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

vertagt

9.2. Konzept zum ruhenden Lkw-Verkehr im Güterverkehrszentrum (GVZ) Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister

0662/18

vertagt

9.3. sonstige Informationen

vertagt

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. Horn
stellv. Stadtratsvorsitzender

gez. 
Schriftführer/in